

»Die Gesinnungsschnüffelei muss endlich aufhören«

Betroffene fordern Aufarbeitung der Berufsverbote im Zuge des Radikalenerlasses von 1972. **Ein Gespräch mit Klaus Lipps**

Ihre Gruppe fordert die Aufarbeitung der Berufsverbote in Baden-Württemberg, die im Rahmen des sogenannten Radikalenerlasses von 1972 verhängt wurden. Sie haben dafür eine Kampagne gestartet. Was erwarten Sie?

Wir erwarten, dass die grün-rote Mehrheit in Baden-Württemberg dieses elende Kapitel abschließt. Hunderte wurden damals als Verfassungsfeinde diffamiert und hatten viele Jahre große berufliche Nachteile. Für dieses Unrecht müssen sich die Verantwortlichen bei uns Betroffenen entschuldigen und uns politisch rehabilitieren. Für jene, die in materielle Not geraten waren, verlangen wir eine Entschädigung. Zudem wollen wir, dass der Verfassungsschutz aufgelöst wird. Er spielte eine zentrale Rolle dabei.

Was haben Sie bisher unternommen?

Vor gut zwei Jahren baten wir die Landesregierung schon einmal um Aufarbeitung. Wir hatten gewisse Hoffnungen in die neue Landesregierung aus SPD und Grünen gesetzt. Ministerpräsident Winfried Kretschmann war damals selbst betroffen. Aber wir wurden enttäuscht. Von fünf Schreiben hat Kretschmann nur eins beantwortet. Sinngemäß teilte er mit, aufgrund fehlender Akten sei es nicht möglich, die Fälle aufzuarbeiten. Auf unser Angebot, ihm Unterlagen von Betroffenen zur Verfügung zu stellen, reagierte er nicht mehr. Ende 2014 berichtete die *Stuttgarter Zeitung* zudem, dass im Hauptarchiv 2.000 Akten zum Thema »politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes« gelagert seien. Eine



Klaus Lipps ist Sprecher der Initiative »40 Jahre Radikalenerlass«

davon betreffe Kretschmann selbst. Jetzt wollen wir Druck machen. Nach Konferenzen, Aktionen, Petitionen und einem offenen Brief haben wir rund 200 Betroffene dazu aufgerufen, Abgeordnete zu Stellungnahmen zu veranlassen. Die Berufsverbote dürfen nicht länger totgeschwiegen werden.

Sie verweisen auf »Rückenwind aus Hannover«. Was ist in Niedersachsen passiert?

Dort haben Betroffene die Abgeordneten so lange immer wieder angesprochen, bis der Landtag vor etwa einem Jahr einen Ausschuss eingesetzt hat.

In Ihrem Brief machen Sie deutlich, dass an der Praxis der Berufsverbote in Teilen bis heute festgehalten wird. Inwiefern?

Der alte Radikalenerlass von 1972 ist zwar außer Kraft. In den 90er Jahren wurde zudem die Regelanfrage abgeschafft. Mit dieser wurde über Bewerber und Angehörige des öffentlichen Dienstes Auskunft beim Verfassungsschutz eingeholt. Lagen Erkenntnisser etwa über eine Mitgliedschaft bei

einer linken Organisation vor, wurden die Leute regelrechten Verhören unterzogen, gegebenenfalls nicht eingestellt oder entlassen. Was in Baden-Württemberg fortbesteht, sind »Belehrungen und Erklärungen«, die allen Bewerbern unter Berufung auf einen Beschluss der Landesregierung von 1973 vorgelegt werden. Dazu kommen Richtlinien im Beamtenrecht, die dem Verfassungsschutz die Deutungshoheit überlassen, was Beamte politisch zu denken haben. Aktuell plant das Innenministerium, Polizeibewerbern eine »beispielhafte« Liste von Organisationen vorzulegen, die als verfassungsfeindlich gelten.

Gibt es jüngere Beispiele für politische Berufsverbote?

Der zuletzt bekanntgewordene Fall in Baden-Württemberg ist Michael Czaszóczy. Er bewarb sich 2004 als Realschullehrer. Der Verfassungsschutz wurde eingeschaltet, weil er in der Roten Hilfe und einer anderen antifaschistischen Organisation aktiv war. Er wurde abgelehnt, klagte aber dagegen. Das Land musste ihn drei Jahre später einstellen und entschädigen. Seitdem wird er offenbar verschärft überwacht.

Was ist Ihnen besonders wichtig?

Das Thema »Berufsverbote« muss in der Öffentlichkeit bleiben und Gesinnungsschnüffelei endlich aufhören. Wenn jemandem Straftaten oder tatsächliche Aktivitäten gegen das Grundgesetz nachgewiesen werden, beispielsweise in einer neofaschistischen Gruppe, kann man im Einzelfall reagieren. Als Betroffenen geht es uns vor allem um politische Rehabilitation. Wir würden gerne etwas erreichen, bevor es für viele zu spät ist.

Interview: Susan Bonath